

warum eine Vernehmbarung von 1892 500 A. eintritt. Die Gewerbesteuer soll am 6. Juni 1928 Regent erlöset werden mit einem Betrag von 20 193 A. Die Gewerbesteuer der letzten Jahre ist so hoch als jemals. Die Gewerbesteuer der letzten Jahre ist so hoch als jemals. Die Gewerbesteuer der letzten Jahre ist so hoch als jemals.

Das „Sosa Kapellen“ — ein Studenrat. Fein, 16. Jan. Es hat sich jetzt durch genaue Nachforschung ergeben, daß der angebliche Oberst Franz Joseph von Tschudi, von dem berichtet wurde, in allen Einzelheiten erledigt ist. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Schwindler.

Die hängende Saub. Mittenberg, 16. Jan. Nach Befehl des hiesigen Subvention ist der Leiter des hiesigen Orchesters seit einigen Tagen gezwungen, in den Stadtkapellen zu arbeiten.

Mordat eines Kellners. Eisenau, 16. Jan. Die in Hildbach (Hh) verheiratete 30jährige Frau Schöberger geb. Jäger, die im Mai 1926 einige Zeit in der Schenke in Hildbach im hiesigen Ortsteil tätig gewesen war, hatte am Freitag vormittag Frau Klotz einen Besuch ab. Beim Kaffeetrinken stellte sich heraus, daß Frau Klotz verheiratet war. Als bekannt wurde, daß Frau Klotz verheiratet war, wurde Frau Klotz von Frau Schöberger mit einem Messer in den Hals gestochen. Frau Schöberger wurde verhaftet und ist in Untersuchungshaft.

Der Oberall auf den Getreidebauern — Schindler. Hauen u. B., 17. Jan. Der Oberall auf den Getreidebauern Schindler zwischen Weidlich und Schindler soll sich am Schindler herab. Schindler soll sich am Schindler herab. Schindler soll sich am Schindler herab.

Der Streit der Leipziger Eisenbahn. Leipzig, 17. Jan. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Eisenbahnverwaltung und der Leipziger Eisenbahn haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. Es findet aber am heutigen Dienstag abend ein weiteres Verhandlungsgespräch statt, in dem über den Eintritt in den folgenden Streit entschieden werden soll. Wenn nicht am heutigen Abend noch eine Einigung zustande kommt, erscheint ein Streit für die nächsten Tage nicht ausgeschlossen.

Die Erbschaft des Kaufmanns. Auch dem verstorbenen Kaufmann ist die Erbschaft in mittelständigen Kaufmannsbesitz in händigen Händen. Der Kaufmann ist am 1. Januar 1928 im Alter von 75 Jahren verstorben. Er hinterließ eine Erbschaft von 150 000 A. Die Erbschaft wird auf 150 000 A. geschätzt. Die Erbschaft wird auf 150 000 A. geschätzt.

Merkmale und Imaged.

17. Januar. Wann kommen die Stadtbewohner? Obwohl seit drei Jahren keine präzisere Antwort als die Eingangsfrage des neuen Gemeindeforschungsgesetzes als seine durchgeführte und dringende Aufgabe bezeichnet, hat bisher doch noch keiner der Seiten einen Bericht über die Erfüllung geliefert.

Die aber nicht die Gemeindeforschung als eine Erfüllungsbedingung kommen, oder können auch in einem Stadtbewohnerbestimmung nicht stattfinden. Optimisten glauben, daß man noch im vorigen Schritt zu Stadtbewohnerbestimmung kommen werde. Optimisten glauben, daß man noch im vorigen Schritt zu Stadtbewohnerbestimmung kommen werde.

Während in manch anderen Gemeinden der Vorschlag der Stadtbewohnerbestimmung bereits erlassen ist, so ist die Entscheidung der Stadtbewohnerbestimmung in Hildbach noch nicht erlassen. Die Stadtbewohnerbestimmung in Hildbach noch nicht erlassen. Die Stadtbewohnerbestimmung in Hildbach noch nicht erlassen.

Das neue Gemeindeforschungsgesetz wird darüber entscheiden, ob der Magistrat als gleichberechtigtes Mitglied neben der Stadtbewohnerbestimmung noch weiter besteht, oder ob die obersten Beamten der hiesigen Verwaltung teilweise zu wählen sind. Die Stadtbewohnerbestimmung wird darüber entscheiden, ob der Magistrat als gleichberechtigtes Mitglied neben der Stadtbewohnerbestimmung noch weiter besteht.

So können mancherlei wichtige gemeindeforschungsspezifische Fragen in der Zukunft in der hiesigen Verwaltung unter Umständen bei der Stadtbewohnerbestimmung zur Sprache kommen. So können mancherlei wichtige gemeindeforschungsspezifische Fragen in der Zukunft in der hiesigen Verwaltung unter Umständen bei der Stadtbewohnerbestimmung zur Sprache kommen.

Wahlkreis der hiesigen Verwaltung. Laut Bekanntmachung im heutigen Amtsblatt findet am Mittwoch vorm. 9 Uhr in der hiesigen Verwaltung eine Wahlkreis der hiesigen Verwaltung.

Erneuerung des Bundesrates. Der maltsche Leiter des Maltsche Bundesrates, Herr Dr. Schmidt, hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Der maltsche Leiter des Maltsche Bundesrates, Herr Dr. Schmidt, hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Wittchen, der hiesige Mittel zwischen Clafaner Straße und Guelowener bildet und in der Senften Anlage erhalten soll. Die vorgeschriebene Länge der Straße soll 100 Meter sein. Die vorgeschriebene Länge der Straße soll 100 Meter sein. Die vorgeschriebene Länge der Straße soll 100 Meter sein.

Das Kennmerk als Verkehrsbehinderung?

Unter dieser Überschrift erliegen in den letzten Tagen in verschiedenen Zeitungen ein Artikel, in dem bitter darüber geklagt wird, daß durch den Kennmerk auf dem Gelände B 100 h 100 A ein Verkehrsbehinderung entsteht. Unter dieser Überschrift erliegen in den letzten Tagen in verschiedenen Zeitungen ein Artikel, in dem bitter darüber geklagt wird.

Deutsche demokratische Partei.

Effektive Neuwahlbestimmung. Am Freitag den 20. d. Mts. abends 8 Uhr, spricht in Wittchen der Reichstagsabgeordnete Debus über den gegenwärtigen Stand der hiesigen Wahlenfragen im Reichstags. Am Freitag den 20. d. Mts. abends 8 Uhr, spricht in Wittchen der Reichstagsabgeordnete Debus über den gegenwärtigen Stand der hiesigen Wahlenfragen im Reichstags.

Witterwartung.

Am Freitag den 20. d. Mts. abends 8 Uhr, spricht in Wittchen der Reichstagsabgeordnete Debus über den gegenwärtigen Stand der hiesigen Wahlenfragen im Reichstags. Am Freitag den 20. d. Mts. abends 8 Uhr, spricht in Wittchen der Reichstagsabgeordnete Debus über den gegenwärtigen Stand der hiesigen Wahlenfragen im Reichstags.

Der hiesige Mittel zwischen Clafaner Straße und Guelowener bildet und in der Senften Anlage erhalten soll.

Die vorgeschriebene Länge der Straße soll 100 Meter sein. Die vorgeschriebene Länge der Straße soll 100 Meter sein. Die vorgeschriebene Länge der Straße soll 100 Meter sein.

Die hiesige Orchestervereinigung.

Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung.

Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung.

Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Die hiesige Orchestervereinigung.

Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen. Die hiesige Orchestervereinigung hat sich am 1. Januar 1928 dem Bundesrat angeschlossen.

Advertisement for 'Die hiesige Orchestervereinigung' featuring a logo and text about the orchestra's activities and contact information.



Wiederlegung bei nächster Gelegenheit

Der bei den Zuerstgeplagten von Beschränkung...
erfolgen müßte. Der bei den Zuerstgeplagten von Beschränkung...

Erhöhung der Einkommensteuer

Die Einkünfte der Einkommensteuer aller Verheirateten...
die Einkünfte der Einkommensteuer aller Verheirateten...

600 Millionen für notleidende Gemeinden.

Im Reich wird ein Kredit...
Im Reich wird ein Kredit...

Keine Strafverfolgung Eidenbüttels.

Der Reichsanwalt...
Der Reichsanwalt...

Unternehmen mit...
Unternehmen mit...

Neue Großhaken vor den Eisenbahnen.

Berlin, 17. Jan. (Dr. Telegraf). Die „Der Deutsche“...
Berlin, 17. Jan. (Dr. Telegraf). Die „Der Deutsche“...

Der Reichsverband der deutschen Industrie...
Der Reichsverband der deutschen Industrie...

Der Reichsverband der deutschen Industrie...
Der Reichsverband der deutschen Industrie...

Der Reichsverband der deutschen Industrie...
Der Reichsverband der deutschen Industrie...

Der Reichsverband der deutschen Industrie...
Der Reichsverband der deutschen Industrie...

Der Reichsverband der deutschen Industrie...
Der Reichsverband der deutschen Industrie...

Der Reichsverband der deutschen Industrie...
Der Reichsverband der deutschen Industrie...

Der Reichsverband der deutschen Industrie...
Der Reichsverband der deutschen Industrie...

In Wilmersdorf wurden für die Markt 148 Centis bezahlt...
In Wilmersdorf wurden für die Markt 148 Centis bezahlt...

Der Markt der heutigen Markt...
Der Markt der heutigen Markt...

Berliner Produktivität...
Berliner Produktivität...

Amalie-Produktionen...
Amalie-Produktionen...

Stroh und den...
Stroh und den...

Wien und den...
Wien und den...

Wien und den...
Wien und den...

Wien und den...
Wien und den...

Wien und den...
Wien und den...

Wien und den...
Wien und den...

Wien und den...
Wien und den...

Wien und den...
Wien und den...

Wien und den...
Wien und den...

Wien und den...
Wien und den...

MAGGI Würze in großen Originalflaschen Nr. 6
besonders vorteilhaft. Man füllt daraus das kleine Maggi-Fläschchen selbst nach und hat außer Geldersparnis noch die Garantie der Echtheit.

kleine Anzeigen
haben den besten Erfolg in
Mietze, Korrespondenz.

Zigaretten
GOLD orientalisches Tabak
Mein Schluger oder Mondrad 240.-
Lieferer prompt: M. Glaser, Leipzig 14,
Katharinen Straße 17. Telefon 3918.

Automobile
Hansa Lloyd
N. A. G.
Brennabor
Hansa
Personen- und Lastkraftwagen
Generalvertretung:
Tel. 203 Gustav Engel Söhne, Merseburg 203
Auto-Reparatur-Werkstatt.

Stadtsblatt Merseburg
Blatt 5
Blatt 5
Blatt 5

kleine Anzeigen
haben nachweisbar die besten
Ergebnisse im Vergleich
mit anderen Korrespondenz.

Geschlechtskrankheiten!
Vollkommen unschädliches, giftloses Verfahren,
ohne Einsparungen, bewährt sich selbst da wo
Quecksilber und Salvarsan versagen wie amtlich
beglaubigte ärztliche Gutachten und unzählige, freiwillig
Anatomiebeschreibungen geheimer Patienten
beweisen. - Verlangen Sie noch heute Dr. med.
Ludwigs Aufklärungschriften in verschlossenem
Umhlag ohne Aufdruck, unter Angabe Ihres
Lebensumstandes, Familienverhältnisses,
Mannschwäche und Bezeichnung von 3 Mark
für Rückporto.
Dr. Matton, medizinischer Verlag
Berlin SW. 61 (19), Büchergplatz 3.

Blatt 5
Blatt 5
Blatt 5

kleine Anzeigen
haben nachweisbar die besten
Ergebnisse im Vergleich
mit anderen Korrespondenz.

Der rote Frosch
wie es hier steht,
ist Garantie
für Qualität
Erolol
putzt die Schuhe, pflegt das Leder.
Alleinhersteller Werner & Mertz A.G. Mainz.

Merieburger Sonntagsblatt

Erscheint täglich aussermontags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage - Verkaufspreis monatlich 10,00 RM. auswärts Postzusatz 20 Pf., durch die Post bezogen 11,00 RM. einjährl. Postzeitung und Belegblätter.
Einsendungen: 20 Pf.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merieburg

Anzeigenpreis: für den abgedruckten Millimeterraum 60 Pf., fremden Ländern 100 Pf., für Kleinanzeigen 20 Pf. pro Zeile. Einmalige Anzeigen 10 Pf. pro Zeile. Rückfragen: Freitag 39070.
Herausg.: Redaktion 321, Geschäftsstelle 466.
Verlag des Vereins Merieburger Zeitungsgesellschaft & Co. Merieburg.

„Amtsblatt der Stadt Merieburg“ und „Amtsblatt für den Kreis Merieburg“, der wöchentlich erscheinende „Am häuslichen Herd“ und der monatlich erscheinende „Der Chronik von Merieburg“

Nr. 14 Dienstag den 12. Januar 1922 48. Jahrg.

Neue Aufgaben.

Die so vielfach auseinandergeratene Konferenz des Obersten Rates in Genua hinterläßt nicht nur einen Ganzen Scherben, sondern auch Bausteine für die Errichtung neuer Pfeiler des liberalen Gebäudes und erlebten europäischen Wiederaufbaues. Die Scherben sind Lloyd George dem französischen Parlament vor die Füße geworfen worden. Der englische Premierminister hat in Genua nichts weiter erreicht als das formale Programm der europäischen Wirtschaftskonferenz, die Anfang März in Genua stattfinden soll. Um seinen Zweck darüber zu lassen, daß er die Konferenz als eine unabweisbare Last auf die in Genua darüber geisterten Beschlüsse als empfindlich ansetzt, hat er den italienischen Ministerpräsidenten, den Gastgeber in Genua, herauf, führt noch von Genua aus die Einladungen zu versenden, und damit die Tatsache, daß Deutschland und Rußland an den Verhandlungen in Genua als gleichberechtigte Partner teilnehmen werden, unüberwindlich gemacht. Das war die erste Antwort Lloyd Georges an die französische Kammer, die an der Beratung dieser beiden Ministerielle schmerzlichen Anseh genommen hatte.

Die andere Frage, die in Genua beantwortet werden sollte, der Reparationsplan für 1922 ist liegen geblieben. Der englisch-französische Garantievertrag ist ein Vorläufer der Reparationsfrage geworden und sollte die Voraussetzung für die Aufstellung eines neuen empfindlichen Reparationsplanes für die geplanten Zahlungsabwicklungen Deutschlands bilden. Dieser neue Garantievertrag sollte nach der Konferenz von Genua aufgestellt werden, weil gefordert wurde, daß Genua neue Möglichkeiten für Deutschlands Leistungen- und Zahlungsfähigkeit und damit neue Aufgaben für einen Reparationsplan bringen sollte. Die Errichtung der Reparationsfrage muß deshalb in ihrem Anfangsstand, wie er im Sommer 1921 vom 5. Mai 1921 formuliert wurde, zurückfallen. Lloyd George hat vorangurück die Konferenzen gezogen, daß er auch im Dezember in London einen Verhandlungsgang einleitete - Bericht Englands an die Reparationskommission - zurückgezogen hat und den im August 1921 zwischen den Alliierten vereinbarten Verteilungsschlüssel weiter als verbindlich erklärt. Hier muß als ganz von neuem angefangen werden.

Der Reparationsplan muß in Genua der deutschen Regierung entgegengebracht, bis zum 1. Januar ein eigenes Zahlungsprogramm für 1922 einzuweisen. Damit ist der entscheidende Schritt für die Behandlung der Reparationsfrage zwischen der deutschen Regierung geschehen worden. Die soll angeblich, inwieweit sie überhört an Verhandlungen und Sachleistungen leisten können. Ein detaillierter Plan wurde schon einmal im April letzten Jahres in London von Dr. Simons vorgelegt, allerdings in wenig geförderter Weise, und verworfen. Wir müßten diesmal in begründeter Form vorlegen, was wir wirklich leisten können. Wir dürfen es nicht wieder um ein neues Mittel antworten lassen. Die Gefahr ist natürlich, daß die deutsche Regierung, um sich die Initiative nicht aus der Hand nehmen zu lassen, im Vertrauen auf unsere Kredit-Verpflichtungen macht, die sich nachher doch als unerfüllbar herausstellen. Denn bei der gegenwärtigen Unfähigkeit der Wirtschaftslage, bei der völligen Zahlungslosigkeit, die Chancen des deutschen Exportes auch nur auf wenige Monate voran zu lassen, bei der ganz unerschöpflichen Entschädigung der Welt zu hängt die Zahlungsunfähigkeit auch für das laufende Jahr schon von Umständen ab, die sich bei der Reichsregierung und auch dem Zahlungsmittel des Reiches völlig entziehen. Mit der anderen Seite besteht die Gefahr, daß die deutsche Regierung ihren Reparationsverpflichtungen der Zahlungslosigkeit aussetzt, die sie überlegen kann und insofern eben verdrängen zu können. Aber nach den bisherigen Erfahrungen sind die Genua nur gewillt, bei Deutschland einen guten Willen anzuerkennen, wenn er sich in hohen Zahlen ausdrückt. Die nächste Wirtschaft liegt ihrer Vorbereitungszeit noch zu fern. Schon die in Genua proklamierter auferlegte Zahlung von 93 Millionen Goldmark monatlich über 1100 Millionen im Jahr wäre nicht durchführbar. Deshalb ist auch die kommende Regelung der Reparationsfrage noch voller Gefahren.

Neben den Vorbereitungen für die Konferenz in Genua und für den neuen Reparationsplan für die Reichsregierung die Aufgabe der Reparationskommission einen „angenehmen Reform- und Garantieplan“ betreffend das deutsche Budget und den deutschen Papiergeldmarkt vorzulegen. Diese sehr allgemein gehaltene Forderung läßt der Reichsregierung einen gewissen Spielraum. Aber sie enthält in der Hauptsache Forderungen, an deren Verwirklichung die Reichsregierung schon eigenen finanziellen Notwendigkeiten herausgegangen ist; es kann sich nur um eine Abmilderung des herausgehenden handeln. In erster Linie kommt die Bilanzierung des Reichsstaats in Frage durch Erhöhung der Einnahmen und Ausmerzung der verschiedenen Ausgabenposten, die aus sozialpolitischen Gründen bisher im Etat gestrichelt wurden, die aber der Entente ein Dorn im Auge sind, weil darin eine bestellte Subventionierung der deutschen Exportindustrie und eine unerwartete Konkurrenz auf dem Weltmarkt liegt. Andere Maßnahmen, die die Autonomie der Reichsbank, sind schon ausgeführt worden.

Wenn man alle diese nächsten Aufgaben ins Auge faßt, die sich aus den Verhandlungen von Genua ergeben haben, so sehen wir uns vor Möglichkeiten, die Deutschland um ein großes Stück weiterbringen können, aber auch große Gefahren in sich bergen. Regierung, Volk und alle Wirtschaftskreise haben die Pflicht, zusammenzuarbeiten und sich für die Erfüllung dieser nächsten Aufgaben rüchthaltig zur Verfügung zu stellen.

Die neue Auslieferungsforderung.

Die Kommission internationaler Juristen hat es für angezeigt gefunden, dem Obersten Rat eine Empfehlung auf Auslieferung der

Poincarés erster Ministerrat.

Paris, 17. Jan. (Fris-Telegr.) Der erste Ministerrat der neuen Regierung trat gestern in der Wohnung des Ministerpräsidenten Poincaré zusammen. Die Beratung dauerte knapp 2 Stunden. Man überlegte bezüglich Poincaré die Vertreter der Freie und teilte ihnen mit, daß Albert Sarraut und Washington Reichsminister angeordnet habe, er nehme den ihm angetragenen Posten des Kolonialministers an. Bis zu Sarrauts Rücktritt der Kolonialminister. Der neue Kolonialminister herrschen. Poincaré kündigte an, daß er werde in zwei bis drei Tagen mit der Kammer die wichtigsten Geschäfte besprechen, worauf die Geheime über die Ministerkammer, die Angelegenheit der Einnahmen und die Reorganisation der Armee. Seine Arbeit in neuer Ministerial im Obere unter dem Vorsitz des Präsidenten Poincaré hat sich im Ministerium des Auswärtigen eingerichtet, um ihm vor Sarraut die Geschäfte übertragen werden. Beide Minister hatten bei dieser Gelegenheit eine lange Unterredung. Sarraut sprach sich Sarraut ins Obere, um sich von Reichsminister Poincaré zu verabschieden, er wird morgen für einige Wochen verreisen. In den Beziehungen nach die Welt aus Berlin, daß dort Gerüchte über einen angeblichen Anschlag gegen Poincaré anstehen. Diese Gerüchte sind vollkommen unzutreffend. Poincaré hat sich nach London begeben, um die einzigen Minister, die gegen ihn zu verzeihen sind, unternehmen die sozialistischen Minister in ihren immer heftiger werdenden Zeitungen.

Die Teilnahme der Nationen an der Konferenz von Genua ist vorüberhelflos.

Paris, 17. Jan. (Fris-Telegr.) unter Berliner Redaktion. Von unerschütterlicher Seite erfahren wir über die gestern nachmittags festgesetzte Konferenz zwischen Poincaré und Lord Curzon: Die Besprechungen gingen um die kommende Konferenz von Genua. Poincaré hat bereits die Einladungen versandt, und sowohl die russische Regierung als auch die Alliierten verbündeten Regierungen werden daran teilnehmen, ohne daß ihnen vorher irgendwelche Bedingungen gestellt wurden.

Poincarés ändernde Stellungnahme zur Angarfrage.

Paris, 17. Jan. (Fris-Telegr.) unter Berliner Redaktion. Die gefürchte Unterhandlung zwischen Poincaré und Lord Curzon hatte als Mittelpunkt das Angar-Problem. Poincaré erklärte dem Reichsminister, daß er bei der Verhandlung sehr höflicher gewesen ist, da er die Angelegenheit vorher nicht habe mit seinen Ministerkollegen durchbesprochen können.

Zusammensetzung der Landwirtschaft mit dem Handwerk.

Berlin, 17. Jan. (Fris-Telegr.) unter Berliner Redaktion. Vom Ministerium der Reichsregierung ist bekannt, daß die Landwirtschaft mit dem Handwerk in Dresden verhandelt.

Streikbeschuldigten zu unterrichten. Man hat die deutschen Juristen so oft den Verneinung der Weltfremdheit gemacht; mit viel mehr Recht aber mit man ihnen diesen Herren machen müßte, wenn sie in der Distanz, daß sie von politischen Dingen schicklich eine Meinung zu haben wissen. Auch sie müßten wissen, daß sie schon bei dem ersten Verlangen der Entente auf Auslieferung der Streikbeschuldigten in dem damals völlig gerechtfertigten und aufgewählten Deutschland als ein Einheitsfront aller Deutschen bis zu den Unabhängigen gestellt hätte, die jetzt unabweisliche Forderung als für die deutsche Republik fast schon unumstößlich ausdient. Seitdem ist inmaximiert nicht nur die Bestimmung gegenüber Deutschland eine andere geworden, sondern auch die politischen Beschuldigten, die der Reichsregierung, haben sich in Deutschland mehr konzentriert, und die Einheitsfront von damals würde heute, im vierten Jahre nach dem Ende des Krieges, noch viel geschlossener in Erscheinung treten. Die Auslieferung würde sich schon eine physische Unmöglichkeit für die deutsche Regierung an würde Deutschland in ein vollkommenes Chaos zurückzuführen. Von der deutschen Gemeinwohl, mit der das Reichsministerium der Reichsministerien bereit, und der vollkommenen Unmöglichkeit, daß es keine Urteil gefällt hat, Zeitungen, die nicht nur von den höchsten internationalen Beamten Englands, sondern auch Italiens, Belgiens und Hollands anerkannt sind, soll hier weiter nicht die Rede sein.

xrite colorchecker CLASSIC

Interpellation im französischen Senat über die äußere Politik.

Paris, 17. Jan. (Fris-Telegr.) Der Senator des Nord-Departements Paul Deschamps hat an den Ministerpräsidenten Poincaré ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Herr Ministerpräsident! Es ist ein Wunsch meines Vaters, daß unter den gegenwärtigen Umständen ein Weltkongress in Genua über unsere auswärtige Politik eröffnet wird. In diesem Zweck und mit dem Gefühl des Interesses an dem jetzt erachteten Ministerium's gelte ich mir, in die Hände des Senatspräsidenten einen Interpellationsantrag zu legen.

Der Völkerbund ohne Geld.

London, 17. Jan. (Fris-Telegr.) „Daily Mail“ erzählt aus Genf, daß der Völkerbund in einer schwierigen finanziellen Lage ist. Er werde nach nur einem Defizit von 10 Millionen Franken stehen. Eine Anzahl Staaten hätten im letzten Jahre ihre Beiträge nicht bezahlt, hauptsächlich die skandinavischen. England ist im nächsten Jahr mit 10 Millionen und die Schweiz mit 5 Millionen 300 000 Pfund Sterling.

Eine Neuheit der Beamteneingehälter als Folge des neuen Generalrats.

Berlin, 17. Jan. (Telegraph. Zeitung). Vom Reichsminister des Reichsbeamtenbundes wird aus geschrieben: Der Deutsche Beamteneingehälter in Berlin, die Reichsminister des Reichsbeamtenbundes, die im Januar ein Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der eine Neuheit der Beamteneingehälter der Beamten als notwendige Folge der Maßnahmen, die dem Generalrat verlangt wird. Außerdem wird eine weitere Erhöhung des Beamteneingehälters, für die ersten Einkommensklasse durch Anheben des Deutschen Beamteneingehälters, der Beamten, wobei wenigstens eine Verdoppelung des von der Regierung in Aussicht genommenen Betrages von 2000 Mark in Frage kommen müßte. Diese Forderung ist schon im Hinblick darauf gerechtfertigt, daß seit der letzten Volksabstimmung allein die Reichsbeamtenzahl eine Steigerung um 37 Prozent aufweist und weitere Reichsbeamten, wie die des Betrages um 75 Prozent, bevorzugen. Die wirtschaftliche Schwäche, insbesondere die Dürre, die in der Vorbereitung, Aufhebung und Verteilung-Empfänger sowie Beamteneingehälter, sind in diesem Umfang mit zu berücksichtigen.

Die Überlebenden eines verbrannten deutschen Dampfers.

Bomben, 17. Jan. (Fris-Telegr.) Ein Fischhändler landete gestern in Lowestoft die Überlebenden von der Besatzung des deutschen Dampfers „Kaiser“, der auf der Fahrt von Hamburg nach London gesunken war. Der Dampfer war am frühen Morgen im Strand geraten, worauf ein Explosion erfolgte. Ein Mann der Besatzung wurde durch die Explosion getötet oder ertrank.

und insbesondere über die mit der Konferenz in Genua im Zusammenhang stehenden Fragen zu machen. Die Ausführungen des Kanzlers waren vernehmlich.

Nach einer Mitteilung unserer Berliner Redaktion wird sich die Reichsregierung heute in einer Kabinetsitzung mit der Einladung für die Konferenz in Genua beschäftigen. Am Freitag werden sich die Ministerpräsidenten aller anderen Länder in Berlin zu einer Konferenz über die innere und die äußere Politik zusammenfinden, die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehalten werden soll.

Die Einladung zur Konferenz von Genua.

Berlin, 17. Jan. Die italienische Postdirektion überreichte gestern dem Reichsminister die Einladung an die deutsche Reichsregierung, an der am 8. März stattfindenden Wirtschaftskonferenz in Genua. Das Einladungsschreiben hat folgenden Wortlaut:

Herr Reichsminister! Gemäß einer Einladung des Obersten Rates der Alliierten Mächte beziehe ich mich, Ihnen die Möglichkeit einer Wirtschaftskonferenz in Genua, welche am 6. März 1922 über die alliierten Regierungen auf der Konferenz von Genua angenommen wurde. Am Einlass mit dieser Einladung und auf die Weltweite meiner Regierung beziehe ich mich, die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Wirtschaftskonferenz und Wirtschaftskonferenz in Genua am 8. März 1922 eröffnen werden wird. Ich bitte Sie, mir die Namen Ihrer Delegierten und ihrer Beauftragten mitzuteilen. Die Beschlüsse der Konferenz werden durch die Reichsministerien der Alliierten Mächte genehmigt, die durch die Konferenz von Genua am 6. Januar angenommen wurde. Unter den in der Einladung auf die Teilnahme ausdrücklich angeführten Mächten werden außer Deutschland, Frankreich, Ungarn, Belgien und Rußland genannt.

Amerika marist ab.

Die „Chicago Tribune“ meldet aus Washington: Die Teilnahme Amerikas an der Konferenz von Genua und eine Unterzeichnung der Weltkongress zwischen den Vereinigten Staaten und England. Man hofft aber, daß die Teilnahme, die Konferenz in Genua zu verhindern, bisher von Amerika nicht angenommen wurde.

Das Kabinett Poincaré.

Nachdem Herr Poincaré nunmehr am Ende seiner Ministerzeit angelangt ist, hat er sich ein Kabinett zusammenestellt, das man zwar als Kabinett des „harthen Mannes“, aber nicht der harthen Männer bezeichnen kann. Denn die Politiker ersten Ranges sind in diesem Kabinett des nationalen Worts, der „union sacrée“, anwesend bündel. Die hervorragende Persönlichkeit darin ist der bisherige Kriegsminister Warthon, ein fanatischer Parteigänger Poincarés und also Deutschland, der übrigens auch schon öfter durch harthe Neben gegen England auftrat. Von vertrieben haben ist der bisherige Außenminister, der Kammer Deputierter, ein Vertreter jenes demokratischen Richtung, die nur den Gewinn des Wort probiert. Damit aber sind die „Reaktionären“ des Reichs erloschen. Herr Deputierter scheint bisher ausgeschlossen zu sein. Demerswert bleibt